

Rede zur Wirtschaftlichkeit des Projekts Neue Steuerungsinstrumente



Abg. Manfred Groh CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Wirtschaftlichkeit des Projekts NSI, Neue Steuerungsinstrumente, liegt uns eine umfangreiche Beratende Äußerung des Rechnungshofs vor, in der eine Reihe von gravierenden Mängeln im Detail aufgezeigt werden und insoweit mehr oder weniger erhebliche Kritik geübt wird.

(Abg. Stephan Braun SPD: Mit Recht!)

Bei aller Kritik jedoch, die der Rechnungshof teilweise sehr deutlich formuliert hat und über die wir im Finanzausschuss am 10. Mai bereits sehr eingehend diskutiert haben, bleibt im Ergebnis ausdrücklich festzuhalten, dass der Rechnungshof zu keinem Zeitpunkt und an keiner Stelle seines Berichts die Einstellung des Projekts gefordert hat.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ausreichend!)

Bei aller Kritik darf ich auch einmal darauf hinweisen, dass 75 % der laufenden Systembetriebskosten für das Haushaltsmanagementsystem und für die Anlagebuchhaltung benötigt werden – wir reden hier über 11 Millionen € – und die Fortführung gerade dieser Grundausstattung vom Rechnungshof klar und zweifelsfrei befürwortet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich mit anderen Worten nochmals wiederholen: Der Rechnungshof fordert keine Beendigung von NSI, sondern schlägt vielmehr vor, das Projekt in veränderter Form mit höherer Effizienz und Effektivität fortzusetzen, also NSI weiter zu verbessern, Mängel abzustellen und zu korrigieren, den Aufwand zu verringern, die Eigenverantwortung der Ressorts zu steigern, die Akzeptanz bei den Beschäftigten zu erhöhen und die Ausgestaltung zielgerichteter zu formulieren. Der Rechnungshof fordert deshalb, von ihm aufgezeigte Einsparungsmöglichkeiten unverzüglich zu realisieren, z. B. den Abbau externer Berater, die Reduzierung der CATS-Buchungen und die Refinanzierung der Investitionskosten und der laufenden Aufwendungen.

Das Finanzministerium hat im Finanzausschuss zugesagt, auf der Grundlage der Beratenden Äußerung und der Beschlussempfehlungen die Ausgestaltung der Neuen Steuerungsinstrumente sofort anzugehen und dabei den Rechnungshof voll und ganz einzubinden. Mit dieser Zusage ist auch dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1304, ausreichend Rechnung getragen. Wie ich im Finanzausschuss bereits dargelegt habe, deckt die Beschlussformulierung – ich zitiere – „das Projekt NSI unter Berücksichtigung der Vorschläge des Rechnungshofs neu auszurichten“ alle Kritikpunkte ab, sodass sie nicht mehr im Detail aufgeführt werden müssen. Wir werden also den Antrag, liebe Kollegen von der SPD, erneut ablehnen, weil er überflüssig und somit unnötig ist,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aus Ihrer Sicht!)

und wir werden die Prüfung sowie die Klärung der kritischen Positionen dem weiteren Verfahren zwischen dem Rechnungshof und dem Finanzministerium überlassen. – Ich trage immer unsere Sicht vor, Herr Kollege Schmiedel; das ist nun einmal logischerweise so.

Die Berichterstattung erfolgt zum 31. Dezember 2007. Das heißt, wir werden uns in Kürze erneut entweder mit einvernehmlichen Lösungen oder mit divergierenden Meinungen über die Weiterentwicklung zu befassen haben. Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es wird nichts verloren gehen.

Das Finanzministerium hat zwischenzeitlich eine Kabinettsvorlage zur Aufarbeitung der Beratenden Äußerung

erarbeitet. Wir können insoweit von einer engen Zusammenarbeit und von einer konstruktiven und die beiderseitigen Interessen berücksichtigenden Weiterentwicklung von NSI ausgehen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau!)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Wer dem Staatshaushalt mehr Kennzahlen, mehr Leistungsquoten abverlangt, als die bisherige, nur auf den Verlauf und die Erfüllung der Aufgaben ausgerichtete Kameralistik hergeben kann, der muss für einen Leistungsvergleich in wirtschaftlicher, in betriebswirtschaftlicher Hinsicht auch die Umstellung auf Neue Steuerungsinstrumente unterstützen. Wer also wissen will – und das mit Recht! –, was ein Produkt, eine Leistung der Staatsverwaltung kostet, der muss die Einführung von Neuen Steuerungsinstrumenten akzeptieren.

Dass die Haushaltssteuerung mehr und mehr an der Wirtschaftlichkeit, am Erfolg orientiert sein muss, ist eine sich aus der Fortentwicklung gesellschaftlicher Prozesse logischerweise ergebende Notwendigkeit.

Richtig ist allerdings, dass bei einem Aufwand von rund 220 Millionen € der Bürger und Steuerzahler eine angemessene Leistung erwarten darf. Um dieses Ziel doch noch zu erreichen, müssen die kritisch-konstruktiven Vorschläge des Rechnungshofs dringend umgesetzt werden. Dafür benötigen wir aber auch Akzeptanz auf allen Ebenen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)